

# VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

**Freitag, dem 28. Juni 2013, um 20.00 Uhr**

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

## öffentliche Gemeinderatssitzung

### Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin		Elisabeth	BÖHM
Stadträtin		Monika	RUPP
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI	Thomas	HALBRITTER
Stadtrat		Roman	SCHEUER
Stadträtin		Isabell	LICHTENBERGER
Gemeinderat		Stefan	KAST, BA
Gemeinderat	Ing.	Viktor	HORVATH
Gemeinderätin		Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing.	Günter	KOLAR
Gemeinderätin		Birgit	PECK
Gemeinderätin		Ingeborg	BERGER
Gemeinderat	Ing.	Hermann	MICHLITS
Gemeinderätin		Judith	FRANK-UNGER
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Mag.	Heinz	ZITZ
Gemeinderat		Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Mag. <sup>a</sup>	Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat		Franz	SCHNEIDER
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat		Johannes	DEPAULY
Gemeinderätin	Mag. <sup>a</sup>	Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Ing.	Johann	LINHART
Gemeinderat	DI	Gottfried	HAIDER

### Abwesend und entschuldigt:

- - -

Schriftführer

Franz

RENGHOFER

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 20.00 Uhr. Vor Eingang in die Tagesordnung weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Sitzung vom 18.2.2013 vom Beglaubiger Königshofer noch nicht unterfertigt ist, da seine schriftlich eingebrachten Einwendungen noch zu berücksichtigen sind. Ein schriftlich eingebrachter Antrag der SPÖ konnte für diese Sitzung nicht berücksichtigt werden, da diese zum Zeitpunkt des Einlangens bereits eingeladen war. Vizebürgermeisterin Böhm ersuchte den Bürgermeister, diesen Punkt trotzdem zu behandeln, obwohl ein Antrag der ÖVP betreffend Unterstützung des NEZWERKES bereits auf der Tagesordnung steht. Der SPÖ Antrag beinhaltet zusätzlich die Ferienbetreuung. Es soll daher der Antrag der SPÖ zusätzlich als TOP 23) in die Tagesordnung aufgenommen werden. Der Beschluss dazu erfolgt einstimmig. Ein weiterer Antrag um Aufnahme in die Tagesordnung kommt von den GRÜNEN und beinhaltet den Einsatz von Unkrautvertilgungsmitteln im Wirkungsbereich der Gemeinde. Obwohl auch dieser Antrag verspätet eingelangt ist und nicht die notwendigen Unterstützungsunterschriften zur Behandlung aufweist, schlägt Bürgermeister Lentsch vor, den Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen. Auch der Antrag der GRÜNEN, ergänzt mit einem Alternativantrag der ÖVP wird durch einstimmigen Beschluss als TOP 24) in die Tagesordnung aufgenommen. Ein weiterer Antrag beinhaltet die Unterstützung des Vereines LICHTBLICK, welcher ebenfalls durch einstimmigen Beschluss unter TOP 25) in die Tagesordnung aufgenommen wird. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Ing. Günther Kolar und Franz Schneider bestimmt.

## T A G E S O R D N U N G

### **Punkt 1)**

#### **7. Digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes – vereinfachtes Verfahren**

Stadtrat Halbritter erläutert die Situation zu diesem Tagesordnungspunkt und weist auf die ursprünglich geplante Entflechtungsstraße in diesem Bereich hin. Da sich in der Vergangenheit die Anrainer gegen eine Verbauung durch eine zweite Häuserreihe ausgesprochen haben, wurden auch die vorgesehenen Stichstraßen hinfällig. Der Antrag der Grundstückseigentümer erfolgte bereits vor längerer Zeit. Eine Behandlung im Infrastrukturausschuss ergab ebenfalls, dass alle erforderlichen Nachweise für eine Umwidmung gegeben sind und auch die schriftliche Zustimmung aller Anrainer vorliegt. Nach dieser Erklärung wird über Antrag von Stadtrat Halbritter der einstimmige Beschluss gefasst, der vorliegenden Umwidmung des Grundstückes 3757/1, welches im Eigentum der Familie Walter und Michaela Sattler steht, in BW – Bauland Wohngebiet umzuwidmen. Die gegenständliche Verordnung, die zeichnerische Darstellung und der Erläuterungsbericht sind in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck,

Berger, Michlits, Frank – Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann–Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

## **Punkt 2)**

### **Änderung des Teilbebauungsplanes Segelhafen West – Beauftragung**

Stadtrat Halbritter berichtet, dass im derzeit gültigen Teilbebauungsplan nur die bestehende alte Straße berücksichtigt ist, nicht jedoch die Erweiterung und die neue Situation durch den Verkauf an Möstl. Das vorliegende Anbot des Ingenieurbüros für Raumplanung und Raumordnung RAUMSTADT, welche die Überarbeitung durchführen soll, liegt bei € 9.200,- netto. Über Antrag von Stadtrat Halbritter wird daher der einstimmige Beschluss gefasst, das Ingenieurbüro Raumstadt mit der Überarbeitung und Änderung des Teilbebauungsplanes „Segelhafen West“ bei einem Honorar von € 9.200,- netto zu beauftragen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank – Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann – Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

## **Punkt 3)**

### **Servituts- und Reallastenvereinbarung – Stadtgemeinde/Möstl & Möstl Seevillen ErrichtungsGmbH**

GR Horvath berichtet, dass die Firma Möstl & Möstl Seevillen GmbH, Seegärten 117 in 7100 Neusiedl am See von der Stadtgemeinde Neusiedl am See ein Grundstück käuflich erworben hat. Es geht bei diesem Punkt in erster Linie darum, dass die Gemeinde den jeweiligen Eigentümern von Grundstücken das Recht des Begehens bzw. Befahrens einräumt. Betroffen sind auch die drei Parzellen, welche von Herrn Johann Ortman erworben wurden. Die Reallast betrifft in erster Linie die Verpflichtung der Grundstückseigentümer, bei Schlammabgängen die anteiligen Kosten an die Stadtgemeinde Neusiedl am See bzw. an die Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH zu bezahlen. Bürgermeister Lentsch bemerkt dazu, dass die Reallastenvereinbarung auch einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedarf. Nach diesen Erklärungen und Wortmeldungen wird über Antrag von GR Horvath der einstimmige Beschluss gefasst, den gegenständlichen Servituts- bzw. Reallastenvertrag, welcher jeweils in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift ist, zu genehmigen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank – Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann–Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

**Punkt 4)****Kaufanbot Renate Fischer, Grundstück 212/1 (Teilfläche)**

GR Kolar berichtet, dass Frau Renate Fischer als Eigentümerin der Diskothek Check Point in der Kellergasse ein Kaufanbot für den Erwerb einer Trennfläche im Ausmaß von 281 m<sup>2</sup> westlich der ehemaligen Diskothek gelegt hat. Das Anbot weist einen Betrag von € 30.000,-- aus. Gleichzeitig erklärt sich die Eigentümerin bereit, die bisher als Straße bzw. Gehsteig genutzte Trennfläche im Ausmaß von 95 m<sup>2</sup> kostenlos und unentgeltlich an die Gemeinde abzutreten. Diese Trennfläche ist nach wie vor Eigentum von Frau Fischer, wird aber seit Jahren wie Öffentliches Gut genutzt. Theoretisch hätte sie die Möglichkeit gehabt, diese Trennfläche abzusperren, da es bisher keinerlei vertragliche Regelung gegeben hat. Stadtrat Scheuer fragt an, ob auch betroffene Anrainer gefragt wurden, ob sie eventuell Kaufinteresse hätten. Diese Frage wird vom Bürgermeister mit der Begründung verneint, da lediglich Familie Wohlfahrt davon betroffen wäre und diese sicher nicht bereit sei, für eine Böschung € 30.000,-- zu bezahlen. Es ergibt einzig und allein für Familie Fischer Sinn, diese Trennfläche zu erwerben, um diese mit der bestehenden Parzelle zu vereinigen. GR Kast meint dazu, dass Anrainer, wenn diese Interesse zum Erwerb gehabt hätten, in den vielen Jahren genug Zeit gehabt hätten, um dieses Interesse auch zu bekunden. GR Zitz äußert sich dazu, dass es besser gewesen wäre, wenn alle Gemeinderäte bereits im Vorfeld über diesem Vorhaben informiert worden wären und üblicher Weise wird es veröffentlicht, wenn die Gemeinde Immobilien veräußert. GR Fischbach meldet sich zu Wort und stellt fest, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung bestens vorbereitet sind und damit das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden werden kann. Sie sieht diese Aktion grundsätzlich positiv, befürchtet aber Probleme mit den Anrainern bei zukünftigen Bautätigkeiten. Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von GR Kolar der einstimmige Beschluss gefasst, das Kaufanbot der Familie Fischer in der Höhe von € 30.000,-- bei gleichzeitiger kostenloser und unentgeltlicher Abtretung der bisher schon als Straße genutzten Fläche im Ausmaß von 95 m<sup>2</sup> anzunehmen. Das beiliegende Kaufanbot wird angenommen. Eine noch zu erstellende Widmungsurkunde soll in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates genehmigt werden. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank – Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann–Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

**Punkt 5)****Einführung A1 Handy Parken in Neusiedl am See (Antrag gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. GemO)**

Stadtrat Scheuer berichtet kurz über die angedachte Lösungsmöglichkeit im Bereich der Kurzparkzonenüberwachung. In den letzten Wochen und Monaten hat es immer wieder zahlreiche Beschwerden gegeben und ein Fall ging sogar bis zur Volksanwaltschaft, welche die Gemeinde um Stellungnahme ersuchte. Grund dafür war jeweils die missverständene Regelung zum 30 Minuten Gratis Parken, da diese Zeit beim Parkscheinautomaten nicht berücksichtigt wird. An einer Lösung dieses Problems wird bereits gearbeitet, es sind diesbezüglich jedoch noch einige Fragen zu klären.

Um diese Missverständnisse auszuräumen, wäre es sinnvoll, die Parkautomaten entsprechend umzustellen, was technisch durchaus möglich wäre. Auch die Möglichkeit

des Handyparkens soll eingeführt werden. Dabei liegen die Kosten für die Umstellung bei € 3.000,-- pauschal, die laufenden Kosten liegen bei durchschnittlich € 620,-- im Monat. Diese Lösung würde eine weitaus größere Flexibilität, Attraktivität des Standortes Innenstadt und auch ein entspanntes Einkufen mit sich bringen. Nach diesen Ausführungen wird über Antrag von Stadtrat Scheuer der einstimmige Beschluss gefasst, die Einführung des Handy Parkens zu den angeführten Konditionen umzusetzen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman – Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

### **Punkt 6)**

#### **Widmungsverordnung Oberer Sauerbrunn**

GR Hitzinger erklärt die Entwicklung in dieser Angelegenheit und dass durch den Kompromiss eine zufriedenstellende Lösung gefunden wurde. Es handelt sich um Trennflächen im Ausmaß von 2m<sup>2</sup>, 23 m<sup>2</sup> und 38 m<sup>2</sup>, insgesamt also um 63 m<sup>2</sup>, welche dem Öffentlichen Gut zur Errichtung bzw. Verbreiterung von Straßen zugeschlagen werden sollen. Die vorliegende Widmungsverordnung, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift ist, wird über Antrag von GR Hitzinger durch einstimmigen Beschluss genehmigt. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

### **Punkt 7)**

#### **Dienstbarkeitsverträge**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt GR Michlits die Situation und weist darauf hin, dass es sich um neue Leitungen und um die Verlegung von bestehenden Leitungen handelt. Der Gemeinde erwachsen aus diesen Maßnahmen keinerlei Kosten. Über seinen Antrag wird der einstimmige Beschluss gefasst, die beiden Dienstbarkeitsverträge mit der WEB-Windenergie AG und mit Netz Burgenland, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift sind, zu genehmigen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

**Punkt 8)****Änderung der Darlehenskonditionen BAWAG/PSK**

GR Peck erklärt zu diesem Tagesordnungspunkt, dass es sich lediglich um eine Anpassung der Konditionen handelt, welche bereits bei allen anderen Banken erfolgt ist. Es geht dabei um die Anpassung des Aufschlages auf den Euribor für das Darlehen mit der Kontonummer 117.9120, wobei eine Anpassung auf 0,75%-Punkte mit der nächsten Zinsperiode erfolgt. Über ihren Antrag wird daher der einstimmige Beschluss gefasst, dieser Anpassung zuzustimmen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

**Punkt 9)****Maßnahmen zur Vertreibung von Staren nach dem Bgld. Pflanzenschutzgesetz – Verordnung 2013**

GR Kast erklärt, dass sich diese Maßnahmen, welche mit der heute zu beschließenden Verordnung verfügt werden, über einen Zeitraum von 10.07.2013 bis 31.10.2013 erstrecken. Die Anfrage von GR Gottfried Haider, ob Stare auch abgeschossen werden dürfen, beantwortet Bürgermeister Lentsch damit, dass diese Vögel vereinzelt abgeschossen werden dürfen, darüber sind durch die Jäger Aufzeichnungen zu führen und an die BH zu melden. Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von GR Kast der einstimmige Beschluss gefasst, die gegenständliche Verordnung über die Ergreifung von Maßnahmen zur Vertreibung von Staren, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift ist, zu genehmigen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

**Punkt 10)****Verordnung zur Einhebung einer Kurzparkzonengebühr – Änderung**

GR Hitzinger erklärt, dass geringfügige Änderungen bei der Verordnung zur Einhebung einer Kurzparkzonengebühr aus der beiliegenden Verordnung, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift ist, ersichtlich sind. Es handelt sich dabei um § 1 Abs. 2 lit. M, wo der gebührenpflichtige Bereich nur bis Haus Kalvarienbergstraße 7 und nicht wie bisher Kalvarienbergstraße 15 reicht. Weiters ist § 5 betroffen, wo die Verwaltungsabgaben für Dauerparker von € 13,20 auf € 14,30 erhöht werden. Nach dieser Erklärung wird über Antrag von GR Hitzinger der einstimmige Beschluss gefasst, die Verordnung über die Einhebung einer Kurzparkzonengebühr mit den angeführten Änderungen zu genehmigen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch,

Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank–Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman–Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

#### **Punkt 11)**

##### **Verordnung über die Einhebung einer Hundeabgabe – Änderung**

Nach einer kurzen Erklärung stellt GR Frank–Unger den Antrag, die geänderte Verordnung über die Einhebung einer Hundeabgabe zu genehmigen. Betroffen sind gemäß § 2 Nutzhunde, für welche nunmehr € 14,50 und für alle anderen Hunde € 40,00 pro Jahr eingehoben werden sollen. Über ihren Antrag wird der einstimmige Beschluss gefasst, die beiliegende Verordnung, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift ist, zu genehmigen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank–Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman–Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

#### **Punkt 12)**

##### **Änderung der Elternbeiträge für Nachmittagsbetreuung VS Am Tabor und Kindergarten**

###### **a) Nachmittagsbetreuung Volksschule Am Tabor**

Stadträtin Rupp weist eingangs auf die Abgänge bei der Nachmittagsbetreuung hin, weshalb an eine Erhöhung der Beiträge ab September 2013 um 10% gedacht ist. Weiters weist sie darauf hin, dass es eine 20%ige Geschwisterermäßigung gibt und auch Ausnahmeregelungen durch den Bürgermeister in absoluten sozialen Härtefällen. In diesem Zusammenhang weist Bürgermeister Lentsch auf die gesetzlich geforderte Ausbildung des Betreuungspersonals hin. Diese ist zwingend vorgeschrieben und für den Fall, dass die Gemeinde die Mitarbeiter nicht zu diesem Fortbildungslehrgang schickt, streicht das Land zukünftig die Förderungen in der Höhe von 50% für betroffene Mitarbeiterinnen. Auch GR Halbritter sieht diese Maßnahme zur Ausbildung als Freizeitpädagoginnen als sinnvoll und notwendig. Er verweist dabei auf die seinerzeit eingeführte Ausbildung für Kindergartenhelferinnen, wo es anfangs auch Widerstand gegeben hat, aber mittlerweile jeder erkennt, dass es sich um eine notwendige Maßnahme handelt, von der alle Beteiligten profitieren. GR Fischbach sieht den Zeitpunkt für eine Erhöhung der Beiträge als ungünstig. Natürlich muss sich die Gemeinde überlegen, wo eingespart werden kann bzw. wo durch Erhöhungen zusätzliche Einnahmen erzielt werden, aber wenn man bedenkt, dass im Augenblick die Mängellisten in dieser Schule hohe Wellen schlagen und die Gemeinde gerade jetzt Beitragserhöhungen ins Auge fasst, hat sie ein Problem damit. GR Zitz regt an, dass es zu einer sozialen Staffelung kommen soll, da die Beiträge in Neusiedl am See ohnehin schon relativ hoch sind. Stadträtin Rupp weist darauf hin, dass die Gemeinde in diesen Bereichen personell gut aufgestellt ist und dass sich in der NMS alles ganz gut ausgeht. Probleme gibt es eigentlich nur in der Volksschule Am Tabor. GR Kolar weist darauf hin, dass die Gemeinde eigentlich kostendeckend arbeiten sollte. Vizebürgermeisterin Böhm

sieht das Personal sehr engagiert und gut ausgebildet. Beim äußeren Erscheinungsbild sieht sie entsprechenden Handlungsbedarf, einen Grund für Erhöhungen der Elternbeiträge sieht sie jedoch nicht. Auch Stadträtin Lichtenberger sieht die Beiträge vergleichsweise hoch. GR Kast hält dem entgegen, dass eine Erhöhung der Beiträge sehr wohl notwendig ist, besonders wenn man die Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellt. Auch GR Sämann findet eine 10%ige Erhöhung nicht angebracht. Man müsse auch die Situation von vielen Eltern in Erwägung ziehen. Stadtrat Haider zeigt sich verwundert, da im Vorstand alles im Detail besprochen wurde und keine einzige Wortmeldung dagegen erfolgte. Bürgermeister Lentsch findet die Wortmeldungen mehr als verwunderlich, da beide Fraktionen dem Budget für 2013 zugestimmt haben und dort ausdrücklich die Erhöhung (eigentlich ab Feber 2013) zugestimmt haben. Im Vorstand wurde dann die Erhöhung mit Zustimmung der SPÖ auf September 2013 verschoben. Die nunmehrige Kehrtwendung sei daher vollkommen unerklärlich und nur populistisch, bei der Aufnahmen von Tagesordnungspunkten wo es um das Verteilen von Geldern gehe, seien alle schnell da, aber woher das Geld kommt, interessiere keinen. Diese Erhöhung ist eigentlich nur eine Anpassung an die Inflation. Nach diesen Wortmeldungen wiederholt Stadträtin Rupp ihren Antrag auf Erhöhung der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Am Tabor, welche Mehreinnahmen von € 12.000,-- bringen und daher den Abgang genau um diesen Betrag verringern würden. Für diesen Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich und Halbritter sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits und Frank-Unger. Gegen den Antrag stimmen die 10 SPÖ Gemeinderäte, das sind Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner und Depauly sowie die beiden Grünen Gemeinderäte Fischbach und Linhart und der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider. Damit gilt dieser Antrag mit 13:12 Stimmen als abgelehnt.

#### **b) Erhöhung der Beiträge für Kindergärten**

Stadträtin Rupp erklärt, dass die Kindergartenbeiträge seit nunmehr 10 Jahren nicht mehr erhöht wurden, obwohl die Kosten bereits um mehr als 25% gestiegen sind. Eine Erhöhung von 10% ab September 2013 wäre daher eindeutig angebracht. GR Halbritter akzeptiert die teilweise berechnete Kritik an der Situation bei der Volksschule Am Tabor, aber bei den Kindergärten ist dringender Handlungsbedarf für eine Erhöhung geboten. GR Fischbach zeigt kein Verständnis für dieses Vorhaben, es sollte eher das Ergebnis des Sanierungskonzeptes abgewartet werden. GR Halbritter kritisiert dieses Verhalten und vertritt die Meinung, dass bei einem Abgang von € 900.000,-- nicht von Abwälzen auf die Eltern die Rede sein kann. Eine abschließende Anfrage von Vizebürgermeisterin Böhm, warum Eltern ihr Geld für eine Kindergartenanmeldung nicht zurück erstattet bekommen, wird von Bürgermeister Lentsch damit beantwortet, dass er diese Fragen klären werde. Nach diesen Wortmeldungen wird über den Antrag von Stadträtin Rupp über eine Erhöhung der Kindergartenbeiträge um 10% ab September 2013 abgestimmt. Für diesen Antrag stimmen die 12 ÖVP Gemeinderäte. Das sind Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich und Halbritter sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits und Frank-Unger und der FPÖ Gemeinderat Gottfried Haider. Gegen den Antrag stimmen die 10 SPÖ Gemeinderäte. Das sind Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Mikula, Zitz, Königshofer, Sämann-Takacs, Schneider, Panner und Depauly und die beiden GRÜNEN Gemeinderäte Fischbach und Linhart.



Damit gilt dieser Antrag mit einem Abstimmungsergebnis von 13:12 als angenommen.

### **Punkt 13)**

#### **Finanzielle Unterstützung 2013 für den Verein NEZWERK**

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag den Verein NEZWERK auch heuer wieder mit einem Betrag von € 5.000,-- zu unterstützen. GR Zitz fragt an, ob es sich dabei um die Unterstützung zur allgemeinen Betriebsführung handelt, was vom Bürgermeister bejaht wird. Nach dieser Wortmeldung wird über Antrag des Bürgermeisters der einstimmige Beschluss gefasst, den Verein NEZWERK mit einem Betrag von € 5.000,-- für die allgemeine Betriebsführung für das Jahr 2013 zu unterstützen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

### **Punkt 14)**

#### **Ansuchen um Ankauf eines geförderten Bauplatzes**

- a) Reichhardt Markus und Simone**
- b) Fellner Gerhard**
- c) Herzog Sandra und Hannibal Christoph**

**a)** Stadträtin Rupp führt aus, dass Familie Reichhardt alle erforderlichen Kriterien, auch jene nach dem Bgld. Wohnbauförderungsgesetz erfüllt und es daher keine Hinderungsgründe gibt, den Zuschlag für einen geförderten Bauplatz zu erteilen. Über Antrag von Stadträtin Rupp wird daher der einstimmige Beschluss gefasst, die Zustimmung für den Erwerb eines geförderten Bauplatzes für das Ehepaar Markus und Simone Reichhardt zu erteilen. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates mit Ausnahme von GR Gottfried Haider im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank – Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman – Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach und Linhart.

**b)** Stadträtin Rupp bemerkt, dass bei diesem Ansuchen noch einige Unterlagen fehlen. Bürgermeister Lentsch beantragt daher, im Beschluss die auflösende Bedingung zu verankern, dass der Antragsteller innerhalb von 3 Wochen seinen Einkommensnachweis vorzulegen hat, widrigenfalls das Gesuch als gegenstandslos zu betrachten ist. Der gleich lautende Antrag von Stadträtin Rupp wird einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates mit Ausnahme von GR Gottfried Haider im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank – Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämman – Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach und Linhart.

c) Da auch bei diesem Punkt alle erforderlichen Kriterien erfüllt sind, wird über Antrag von Stadträtin Rupp der einstimmige Beschluss gefasst, Frau Sandra Herzog und Herrn Christoph Hannibal die Zustimmung für den Erwerb eines geförderten Bauplatzes zu erteilen. Bei der Abstimmung waren mit Ausnahme von GR Gottfried Haider alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämänn-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach und Linhart.

### **Punkt 15)**

#### **Sanierung Volksschule Am Tabor – Information**

Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass alle neuen und relevanten Unterlagen zur Einsichtnahme bei den Unterlagen für diese Sitzung aufgelegt sind. Es handelt sich dabei um die Wunschliste der Eltern und Lehrer, Kostenschätzungen des Sportstättenplaners, der Architekten und des Haustechnikers. Es haben seit der letzten Sitzung bereits zwei Begehungen mit den Architekten und dem Haustechniker stattgefunden. Der Bürgermeister würde gerne die Arbeitsgruppe Volksschule Am Tabor zu einer weiteren Besprechung noch im Sommer einladen und wird sich rechtzeitig wegen eines Termins melden. Im Zuge von Sanierungsmaßnahmen sollen auch zusätzliche Parkplätze und eine Erweiterung der Kanalisation in die Überlegungen eingebunden werden. Weiters gibt der Bürgermeister zu bedenken, ob nicht eine einmalige größere Sanierung sinnvoller wäre als diese in vielen kleinen Schritten über mehrere Jahre erstreckt zu vollziehen. Vizebürgermeisterin Böhm meldet sich zu Wort und bringt ihre Befremdung über das Flugblatt der ÖVP zum Ausdruck, welches im Zusammenhang mit ihrem beabsichtigten Besuch der Volksschule Am Tabor steht und welches sie absolut niveaulos findet. GR Kast erinnert in diesem Zusammenhang an die letzten Jahre, wo die SPÖ ihrerseits auch nicht gerade zimperlich mit Anschuldigungen und Diffamierungen dem Bürgermeister gegenüber agiert hat. GR Zitz sieht die Vorgangsweise der ÖVP auch als weit über das Ziel hinaus geschossen und sieht auch die Entziehung des Schulressorts nicht in Ordnung. Man sollte sich eher damit auseinandersetzen, was die Notwendigkeit an Maßnahmen betrifft. Solche Diskussionen sind nicht unbedingt förderlich für die politische Kultur in unserer Stadt. Bürgermeister Lentsch rechtfertigt die Entziehung des Schulressorts damit, dass die Vizebürgermeisterin ohne sein Wissen und ohne seine Zustimmung und sogar gegen seinen Willen und seine Weisung und damit gegen die Gemeindeordnung rechtswidrig Handlungen setzen wollte, die nicht abgesprochen waren und auch nicht im Interesse der Stadt sind. Stadtrat Scheuer sieht den sofortigen Entzug der Schulagenden trotzdem als etwas überzogen. Stadtrat Haider Emmerich sieht die vorhandenen Mängel sicher sanierungsbedürftig, aber die Situation ist nicht so schlimm wie sie dargestellt wird. GR Fischbach glaubt auch, dass einiges an Sanierungsmaßnahmen zu bewältigen ist und man sollte nach Dringlichkeit der Arbeiten vorgehen. Abschließend erläutert Bürgermeister Lentsch die Causa „Entzug des Schulressorts“ aus seiner Sicht und erklärt sehr detailliert, seine Bereitschaft (insbesondere auch sein persönlich mit Stadtrat Scheuer und Stadträtin Lichtenberger in dieser Angelegenheit geführten fruchtlosen Gespräche) auch davon abzusehen. Da allerdings von Vizebürgermeisterin Böhm weder eine Entschuldigung noch eine Rücknahme ihrer rechtswidrigen Einladung erfolgte, war der Entzug der Ressortzuständigkeit die logische Konsequenz daraus. Diese war daher weder überzogen noch unerwartet, sondern ganz im Gegenteil sogar

lange vorher angekündigt und mangels Reaktion auch bei der nächsten Vorstandssitzung umgesetzt.

#### **Punkt 16)**

##### **Arbeitsbericht 2012 – Information**

Bürgermeister Lentsch sieht sich veranlasst, einen Vergleich mit der Stadt Mattersburg anzustellen, welche sowohl von Einwohnerzahl als auch vom Arbeits- und Leistungsumfang auf eine Stufe zu stellen ist. Dabei stellt sich heraus, dass Neusiedl am See nicht nur um etwa 500 Einwohner mit Hauptwohnsitz mehr als Mattersburg hat, sondern auch vom Leistungspotential einiges mehr aufzuweisen hat. Unsere Gemeinde hat trotz eines weitaus höheren Arbeitsumfanges durch diverse Einrichtungen weniger Mitarbeiter sowohl im Rathaus als auch im Bauhof oder in den Schulen. Auch bei Sitzungen des Gemeinde- bzw. Stadtrates und der verschiedenen Ausschüsse und erfreulicher Weise auch bei einstimmigen Beschlüssen liegt unsere Stadt weit vor Mattersburg. Auch was Entscheidungen auf dem Bausektor anlangt, hat Neusiedl am See um ein Drittel mehr Aufkommen. Alle weiteren Vergleichsangaben sind der Gesamtaufstellung, welche in Abschrift als integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift beiliegt, zu entnehmen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Neusiedl am See sowohl wirtschaftlich als auch leistungsmäßig auf einem sehr guten Weg ist. Bürgermeister Lentsch bedankt sich ausdrücklich bei allen Mitarbeitern für ihren Einsatz.

#### **Punkt 17)**

##### **Voranschlag 2013 – Kenntnisnahme durch Land – Bericht**

Bürgermeister Lentsch bringt den Mitgliedern des Gemeinderates die Zuschrift der Gemeindeabteilung beim Amt der Bgld. Landesregierung zur Kenntnis, wie dies auch gefordert wurde. Darin wird der Bürgermeister auch aufgefordert, den Voranschlag zukünftig so rechtzeitig beschließen zu lassen, dass dieser mit Beginn des Haushaltsjahres in Wirksamkeit treten kann, er verweist auf seine rechtzeitige Erstellung und Auflage. Das Schreiben der Landesregierung liegt dieser Verhandlungsschrift in Abschrift als integrierter Bestandteil bei.

#### **Punkt 18)**

##### **Bericht Obmann des Prüfungsausschusses**

Der Obmann des Prüfungsausschusses, GR Zitz, ersucht den Bürgermeister, intern zu veranlassen, dass er als Obmann des Ausschusses eine Abschrift der Protokolle erhält und dass ihm diese nicht verweigert werden. Danach berichtet er über die 3 letzten Sitzungen des Prüfungsausschusses, welche in Abschrift integrierter Bestandteil dieser Verhandlungsschrift sind. Gleichzeitig betont er, dass die Buchhaltung sehr ordentlich und genau geführt ist. Anschließend richtet er an den Bürgermeister die Frage, ob nach der Novellierung der Bgld. Gemeindeordnung auch die Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH geprüft werden darf. Bürgermeister Lentsch bejaht diese Frage und verweist darauf, dass dies auch durch einen externen Wirtschaftsprüfer erfolgen könne. In der Vergangenheit wurden mit einer Mandatarin der Opposition – Stadträtin Steindl - alle Belege geprüft und danach Bericht erstattet. GR Zitz würde sich für die Zukunft einige Veränderungen bei der Arbeit des Prüfungsausschusses wünschen, da die derzeitige Situation für ihn nicht zufriedenstellend ist. Es sollte die technische Möglichkeit geschaffen werden, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses die Möglichkeit

haben, zu prüfende Belege gleichzeitig zu sehen, damit effizienter entschieden werden kann. Technische Hilfsmittel dazu gibt es bereits sehr kostengünstig auf dem Markt.

### **Punkt 23)**

#### **Antrag der SPÖ – Fraktion (gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. GemO) auf erweiterte Förderung des Vereines NEZWERK – Ferienbetreuung**

GR Königshofer stellt den Antrag, den Verein NEZWERK zusätzlich zu fördern, damit auch eine Ferienbetreuung gewährleistet ist. Die Fördersumme soll ebenfalls € 5.000,00 betragen. Dazu bemerkt GR Kast, dass der Voranschlag mit fixen Beträgen genehmigt wurde und nunmehr sollen laufend Änderungen erfolgen, welche eine zusätzliche Belastung für den Haushalt bringen und auch den Beschluss eines Nachtragsvoranschlages mit sich ziehen. GR Fischbach bemerkt dazu, dass der Leiter des Vereines NEZWERK Dr. Peter Goldenits auch ihr erklärte, dass dieses Vorhaben auch für den Verein zu kurzfristig erscheint. GR Zitz erinnert an die Gespräche zum Voranschlag, wo ursprünglich auch Beträge für das Jugendbudget fehlten. Bürgermeister Lentsch erklärt, dass dann im Einvernehmen (so wie in den Vorjahren) diese Position in den Voranschlag als „Jugendbudget“ aufgenommen wurde. GR Fischbach kann sich vorstellen, dass man als Kompromisslösung einen Betrag von zusätzlichen € 1.000,- akzeptieren kann. Stadträtin Rupp betont, dass es bereits zwei gut funktionierende Ferienbetreuungseinrichtungen wie die „Coolen Kids“ und den „Ferienexpress“ gibt und diese ohnehin auch von der Gemeinde unterstützt werden. Auch sie findet den Betrag von € 1.000,- als guten Kompromiss. Abschließend regt GR Fischbach an, dass man den tatsächlichen Bedarf erheben sollte und eruieren, wer dieses Angebot überhaupt annehmen wird. Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von GR Königshofer der Beschluss gefasst, für die Ferienbetreuung im NEZWERK einen Betrag von € 1.000,- an zusätzlicher Förderung zu genehmigen. Bei der Abstimmung waren mit Ausnahme von GR Gottfried Haider alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank-Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämänn-Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach und Linhart.

### **Punkt 24)**

#### **Antrag der GRÜNEN Gemeinderäte Fischbach und Linhart auf Verzicht des Einsatzes von Unkrautvernichtungsmitteln im Wirkungsbereich der Gemeinde und Aufklärung der Bevölkerung über die Wirkweise dieser Substanzen**

GR Linhart stellt den Antrag, die Gemeinde möge in ihrem eigenen Wirkungs- und Einflussbereich auf den Einsatz von Glyphosat – haltigen Unkrautvertilgungsmitteln verzichten. Hintergrund ist der, dass dieser Wirkstoff jener ist, der am häufigsten eingesetzt wird und der bekannteste Markenname ist Roundup. Diese Stoffe sind nur schwer abbaubar und verursachen sowohl bei Menschen als auch bei Tieren zahlreiche Krankheiten. Er stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge im Sinne des Umweltschutzes und der Vorbildwirkung den Einsatz dieses Mittels im eigenen Einflussbereich verbieten und die Bevölkerung über die Gefährlichkeit dieses Pestizides und dessen Wirkung entsprechend aufzuklären. GR Kast bringt nach diesem Antrag einen Änderungsantrag ein und teilt mit, dass diese Mittel zum größten Teil von der ÖBB, in der Landwirtschaft, aber auch von vielen Privaten verwendet werden, da sie

eine entsprechend hohe Wirkung haben. Insgesamt handelt es sich um 437 Tonnen dieses Mittels, die jährlich verwendet werden. Es verweist aber auch darauf, dass dieses Mittel für den Markt nach intensiver Prüfung der WHO und der EU zugelassen wurde. Dabei werden sowohl Menge als auch Anwendung genau geregelt. Er weist darauf hin, dass im Mode – Getränk Red Bull höhere Mengen an gefährlichen Substanzen enthalten sind als an diesem Unkrautvernichtungsmittel, auch Kochsalz ist eine toxische Substanz. Auch in Parfümerieartikeln sind weitaus höhere Dosen an schädlichen Stoffen enthalten.

Jeder Verwender dieses Mittels hat eine entsprechende Schulung und Ausbildung im Umgang mit Giften. Er stellt den Abänderungsantrag, dass der Gemeinderat beschließen möge, dass das Mittel Glyphosat auf öffentlichen Grünflächen der Gemeinde verboten wird, ausgenommen davon sind Straßen und Wege, wo dieses Mittel sinnvoller Weise eingesetzt werden sollte, um eine Zerstörung der Asphalt- oder Steindecken durch Unkrautbewuchs verhindern zu können. Im landwirtschaftlichen Bereich ist der Einsatz aber unumgänglich, um Algen- und Pilzbefall der Kulturen verhindern und damit verbundene Ernteschäden vermeiden zu können, da dies auch eine große existentielle Frage ist. Eisenstadt hat die gleiche Vorgangsweise gewählt und mit dieser ist auch die Bevölkerung sehr zufrieden. Nach dieser Diskussion wird der Abänderungsantrag von GR Kast ergänzend zum Antrag von GR Linhart durch einstimmigen Beschluss genehmigt. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank–Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämänn–Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

#### **Punkt 25)**

#### **Antrag der SPÖ – Fraktion ( gemäß § 38 abs. 4 Bgld. GemO ) um Unterstützung des Vereines LICHTBLICK**

Vizebürgermeisterin Böhm stellt den Antrag, den Verein LICHTBLICK als Frauen- und Familienberatungsstelle finanziell zu unterstützen. Der Verein hat seinen Sitz noch bis 2016 im OK Center und wird dann neue Büroräume beziehen. Bürgermeister Lentsch betont, dass er mit der Geschäftsführerin des Vereins schon ein ausführliches Gespräch geführt und ihr auch zugesichert hat, bei der nächsten Gemeindevorstandssitzung und anschließenden Gemeinderatssitzung ihr Ansuchen zu behandeln. Somit wäre der Antrag der SPÖ eigentlich nicht notwendig gewesen. Nach dieser Erklärung wird der Antrag der Vizebürgermeisterin, den Verein LICHTBLICK mit einem Betrag von € 1.000,00 zu unterstützen, einstimmig zum Beschluss erhoben. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Rupp, Haider Emmerich, Halbritter, Scheuer und Lichtenberger sowie die Gemeinderäte Kast, Horvath, Hitzinger, Kolar, Peck, Berger, Michlits, Frank–Unger, Mikula, Zitz, Königshofer, Sämänn–Takacs, Schneider, Panner, Depauly, Fischbach, Linhart und Gottfried Haider.

**Punkt 21)****Bericht des Bürgermeisters**

Polytechnische Schule – diese Schule hat 2 Landesmeistertitel und 2 dritte Plätze bei den Bundeswettbewerben der Polytechniker in den Bereichen Metall bzw. Holz errungen. Das zeigt, dass in der Schule gut gearbeitet wird und auch die Schüler für viele Dinge gut zu begeistern sind.

Kanalbauprojekte – Landesrat Liegenfeld hat dem Bürgermeister großzügige Unterstützung für laufende bzw. geplante Kanalbauprojekte schriftlich zugesichert.

Kuratorium für Verkehrssicherheit – es ist eine „Road Safty Inspection“ - eine Überprüfung des Bereiches von der BH bis zur Kreuzung Seestraße durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit, Land Burgenland und Gemeinde erfolgt. Dabei wurden alle Kriterien aufgenommen und in einem Protokoll zusammengefasst, welches im Stadt – bzw. Gemeinderat zur Diskussion gestellt wird, um im eigenen Zuständigkeitsbereich erforderliche Maßnahmen ergreifen zu können. Im Detail handelt es sich um die Durchlässigkeit zwischen Zentralparkplatz und Dreifaltigkeitssäule, wo eine Verkehrszählung die Notwendigkeit der Anbringung eines Schutzweges ergeben hat. Es liegen zwar widersprüchliche Gutachten vor, aber letztendlich wurde diese Situation positiv begutachtet und die Errichtung des Schutzweges als notwendig erachtet. Eine weitere Zählung erfolgte beim Bahnhof, wo aber noch das Ergebnis ausständig ist. Die dritte Stelle war bei der Zufahrt zur Reitschachersiedlung, wo an eine Querungshilfe gedacht ist. Im Bereich des SPAR Marktes in der Wienerstraße wurde keine Notwendigkeit für weitere Maßnahmen gesehen. Im Bereich der Schrankenanlage ist für das Jahr 2014 im Zuge von umfassenden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auch daran gedacht, Schritte für die Sicherheit von Fußgängern im Bereich der Landesstraße zu setzen.

UYC – Kaufanbot für eine Restfläche im Anschluss an das Klubareal – dieses hat aber bei weitem nicht den Vorstellungen entsprochen, da € 180,--/m<sup>2</sup> für diesen Bereich entschieden zu wenig sind. Der UYC wurde gebeten, ein verbessertes Angebot zu legen. Daraufhin hat der UYC um Vereinbarung eines Termins zwischen dem Gemeindevorstand und dem Vorstand des UYC gebeten.

Nationalratswahl 2013 – diese findet wie erwartet am 29. September 2013 statt. Die konstituierende Sitzung der Gemeindevahlbehörde soll am 25. Juli 2013 um 18.00 Uhr stattfinden.

**Punkt 22)****Allfälliges**

Vizebürgermeisterin Böhm fragt an, wie es mit der Beauftragung der BFP Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatung GmbH Consulting betreffend Konsolidierungskonzept aussieht. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass die Unterlagen zur Erstellung des Konzeptes großteils bereits übermittelt wurden, es bereits Gespräche zwischen der beauftragten Unternehmung und dem Kassier und dem Bürgermeister gab und alles plangemäß läuft und noch im Sommer Gespräche mit der Gemeinde stattfinden werden. Eine weitere Anfrage der Vizebürgermeisterin beinhaltet den Katastrophenschutzplan. Dazu erklärt Bürgermeister Lentsch, dass seitens der Gemeinde Herr Christian Harrer namhaft gemacht wurde und diese Konstellation als

Gemeindemitarbeiter und zugleich Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr die beste ist, die man sich vorstellen kann. Ihre Anfrage wegen eines beschädigten Steges im Seebadbereich ist durch die zwischenzeitliche Entfernung nach einem Sturmschaden hinfällig. Es gab nach ihrer Information zahlreiche Beschwerden von Bewohnern des Refugiums wegen Lärmbelästigung. Dazu wird vom Bürgermeister festgehalten, dass es sich hier um eine einzige genehmigte Veranstaltung im Bundessegelleistungszentrum gehandelt hat. Die Anfrage von GR Zitz wegen eines Urteils im Streitfall mit Familie Weber wird vom Bürgermeister damit beantwortet, dass die Klage der Gemeinde abgewiesen wurde. Die Anfrage nach dem Ergebnis der Begehung in der Musikschule und der dort festgestellten Mängel beantwortet Bürgermeister Lentsch damit, dass ein Großteil der festgestellten Mängel mittlerweile behoben ist, bzw. Aufträge an befugte Unternehmen zur Beseitigung der Mängel erteilt wurden. Eine weitere Anfrage richtet sich nach dem Fortschritt für die Errichtung eines Gehsteiges zur Reitschachersiedlung und wird damit beantwortet, dass das Problem bereits im Infrastrukturausschuss behandelt wurde und in absehbarer Zeit nicht umgesetzt werden wird können. Nach der Anfrage von GR Fischbach wegen Vorlage eines Sitzungsplanes für diese Jahr verspricht Bürgermeister Lentsch, dass er sich bemühen wird, diesen bis zur nächsten Sitzung vorzulegen. Die letzte Anfrage kommt von GR Linhart und hat die Aufhebung des Fahrverbotes am Güterweg Prädium zum Inhalt. Dazu bemerkt Bürgermeister Lentsch, dass die Aufhebung des Fahrverbotes von der BH Neusiedl am See verordnet wurde.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird dieser öffentliche Teil der Sitzung des Gemeinderates um 23.45 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer